Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Mitteilungen der Ostdeutschen Psychotherapeutenkammer

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Dr. Gregor Peikert (Foto: Michael Bader)

es lässt sich nicht schönreden. Der Beschluss zu Honorarkürzungen im März und das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz im Juli markieren eine Trendwende für die ambulante Psychotherapie gesetzlich Krankenversicherter in Deutschland. Haben wir in den letzten Jahrzehnten Schritt um Schritt Verbesserungen erreicht, stehen wir nun vor schmerzhaften Einbußen und unsicheren Perspektiven. Konnten in den letzten Jahren mehr Patient*innen Behandlungsplätze finden, müssen sie sich nun auf längere Wartezeiten einstellen.

Kurzfristig, ab Anfang 2027, bedeutet die Streichung der Zuschläge für Kurzzeittherapie für die meisten Praxen jährlich vierstellige Umsatzrückgänge. Mittelfristig wissen wir nicht, was nach dem laufenden Gerichtsverfahren aus der Honorarkürzung vom März wird. Langfristig ist unklar, wie sich Budgetierung und Wegfall der Angemessenheitsprüfung auf die Praxen und die Versorgung auswirken werden.

Im Wortsinn steht hinter der Ent-Täuschung der Verlust von täuschender Zuversicht, es werde so weitergehen. Einmal enttäuscht, wissen wir nun: Gesicherte, feste und – wenn auch langsam – steigende Honorare für Psychotherapie-Leistungen wird es in den kommenden Jahren nicht mehr geben. Und: Der Mangel an ambulanten Behandlungsplätzen für psychisch kranke Menschen wird sich wieder verschärfen.

So enttäuschend, so ärgerlich und traurig es sich auch anfühlt, wir werden uns darauf einstellen. Wir werden Wege finden, mit der Budgetierung zu leben. Wir werden noch sorgfältiger abwägen müssen, welche Leistungen wir erbringen können und welche Patient*innen unsere Hilfe vorrangig brauchen.

In vielen Gesprächen und in unseren Informationsveranstaltungen haben Kolleg*innen ihre Sorgen um die Zukunft in ihren Praxen ausgedrückt. Dies ist nur zu verständlich, weil konkrete Fragen zur Umsetzung des Beitragssatzstabilisierungsgesetzes erst in den nächsten Monaten beantwortet werden können. Wir als OPK sind dazu mit den Kassenärztlichen Vereinigungen im Gespräch und werden uns für faire und praktikable Lösungen einsetzen.

Zudem planen wir ein neues Fortbildungsformat zu wirtschaftlichen und organisatorischen Aspekten der Praxisführung, mit dem wir uns auch der vielfältigen Fragen rund um hälftige versus volle Versorgungsaufträge annehmen wollen.

In den kommenden Monaten müssen wir der Politik noch deutlicher machen, dass wir Verantwortung übernehmen können. Wir müssen uns noch lauter und klarer gegen die ewigen Vorurteile stellen, wir würden uns zu viel um leicht Kranke und zu wenig um die schwer Erkrankten kümmern oder unsere Psychotherapien würden unnötig lange dauern. Wir müssen deutlich machen, dass wir in unseren psychotherapeutischen Sprechstunden zutreffende Diagnosen stellen und die richtigen Behandlungsentscheidungen treffen – besser und patientengerechter, als es Telefondienste bei Krankenkassen oder digitale Ersteinschätzungsprogramme können.

Immerhin war es ein politischer Erfolg, dass die Psychotherapie, die mit 0,7 Prozent Anteil an den GKV-Ausgaben keinen großen „Player" im Gesundheitssystem darstellt, so intensiv in Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Psychotherapeutische Versorgung wird als ein notwendiger Teil der Gesundheitsversorgung angesehen, auch in der Zukunft.

Politisch müsste sich allerdings noch die Erkenntnis durchsetzen, dass psychische Gesundheit wertvoll ist und ihre Erhaltung jeden Euro wert.

Ihr Gregor Peikert
OPK-Präsident

OPK-Gespräche mit Gesundheitspolitikerinnen: Verständnis für Psychotherapie, aber kaum Handlungsspielräume

Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz soll die Gesundheitsausgaben insgesamt begrenzen. Auch bei der psychotherapeutischen Versorgung wird stark gekürzt. Davon sind zunächst die psychotherapeutischen Praxen betroffen, bald aber auch die Patient*innen, die Psychotherapie benötigen. Diese Auswirkungen sind den Verantwortungstragenden in der Gesundheitspolitik wohl bewusst.

Dr. Paula Piechotta (links im Bild) ist Mitglied des Bundestags für die Grünen. Sie ist Fachärztin für Radiologie am Universitätsklinikum Leipzig und sitzt seit 2021 im Haushaltsausschuss des Bundestags. Am 1. Juli war sie in der OPK-Geschäftsstelle zu Gast und im Gespräch mit Dr. Gregor Peikert und Dr. Jens Metge. (Foto: OPK)

Im Juni und Juli sprachen OPK-Präsident Dr. Gregor Peikert, Vizepräsidentin Dr. Sabine Ahrens-Eipper und Geschäftsführer Dr. Jens Metge mit hochrangigen Gesundheitspolitiker*innen, so mit der sächsischen Gesundheitsministerin Petra Köpping, der Gesundheitsministerin Mecklenburg-Vorpommerns Stefanie Drese, der Thüringer Staatssekretärin Tina Rudolph sowie der sächsischen Bundestagsabgeordneten Dr. Paula Piechotta. Sie alle zeigten sich sehr gut informiert über die Probleme, die der Psychotherapie aus dem Gesetz entstehen. Einhellig wurde uns Verständnis entgegengebracht. Im Bundesrat sprachen sich die Bundesländer geschlossen gegen die Kürzungen bei der Psychotherapie aus. Auch aus Sicht der Bundesländer ist eine Verschlechterung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung problematisch und sollte möglichst verhindert werden.

Möglichst gerechte Lastenverteilung, Suche nach Lösungen

Uns wurden aber auch die Beweggründe für die Kürzungen in der Gesundheitsversorgung erläutert. Die finanziellen Defizite der gesetzlichen Krankenversicherungen sind erheblich, die Politik muss gegensteuern. Vor dieser Aufgabe stehen die Länder ebenso wie der Bund. Die Politikerinnen machten uns deutlich, dass sie sich um eine möglichst gerechte Verteilung der Lasten bemühen.

Um die Härten, die aus den neuen Regelungen entstehen, wenigstens etwas abzumildern, soll nun, nach der Verabschiedung des Gesetzes, zusammen mit der Selbstverwaltung nach Lösungen gesucht werden.

Dr. Gregor Peikert
OPK-Präsident

Informationsveranstaltung für Studierende: Altersvorsorge, Fortbildungspflicht und aktuelle Entwicklungen in der Berufspolitik waren Themen

Am 25. Juni 2026 fand erneut die Informationsveranstaltung für Studierende im Online-Format statt. Trotz sehr hoher Temperaturen konnte die OPK rund 40 potenzielle zukünftige Mitglieder begrüßen. Nach einem herzlichen Willkommen durch Dr. Gregor Peikert, Präsident der OPK, stellten sich auch die beiden Co-Moderatorinnen, Dr. Sabine Ahrens-Eipper, Vizepräsidentin der OPK, und Dr. Andrea Walter, stellvertretende Geschäftsführerin der OPK, kurz vor.

Als inhaltlichen Einstieg präsentierte Dr. Gregor Peikert zunächst die OPK als Berufs- und Interessensvertretung der ostdeutschen Psychotherapeut*innen. Hierbei ging er ebenso auf die Grundzüge der Kammerarbeit und die dazugehörigen Aufgaben ein.

Im Anschluss daran gab Dr. Sabine Ahrens-Eipper einen Überblick über die Mitgliedschaft. So wurde auf die Pflichtmitgliedschaft in einer Psychotherapeutenkammer nach Erhalt der Approbation eingegangen und auf die damit einhergehenden weiteren Verantwortungen. Auch ging sie auf Themen wie Versorgungswerk und vielfältige Fortbildungsveranstaltungen ein.

Hierzu gab es dann auch die ersten Fragen aus den Reihen der Teilnehmenden. So konnten an dieser Stelle bereits Unsicherheiten hinsichtlich der Anmeldung in besonderen Fällen geklärt werden.

Auch zu den Themen Beitrag sowie Beantragung der Approbation wurden Fragen gestellt. Informationen zum Thema Mitgliedschaft können auf unserer Website gefunden werden: www.opk-info.de/fuer-mitglieder/mitgliedschaft.

Was geschieht aktuell in der Berufspolitik

Im Anschluss setzte Dr. Gregor Peikert mit einer Vorstellung der Themen fort, die die OPK derzeitig beschäftigen. Hierbei wurde insbesondere auf die erheblichen negativen Auswirkungen des Beitragssatzstabilisierungsgesetzes auf die ambulante psychotherapeutische Versorgung eingegangen. In diesem Kontext wurden auch Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme einer Landeskammer besprochen sowie auf die Aktivitäten der Kammer zur Interessenvertretung des Berufsstandes nach außen eingegangen.

Ein weiteres, sehr relevantes Thema – die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) – wurde durch Dr. Sabine Ahrens-Eipper vorgestellt, die nicht nur für das Thema brennt, sondern auch wesentlich zur Etablierung eines effizienten Notfall-Versorgungssystems beigetragen hat. Die OPK hat in Zusammenarbeit mit der KV Sachsen ein System eingeführt, das Bedarfe in der mittel- und langfristigen PSNV nach einem größeren Schadensereignis sehr gut abdeckt. Schon am Tag nach der Tat boten Psychotherapeut*innen Behandlungskapazitäten für Betroffene an – ein Beweis für die gelungene Umsetzung. Auch für Psychotherapeut*innen, die nach neuem System approbiert sind, besteht auch ohne Fachkunde die Möglichkeit zur Eintragung in die sogenannte Notfallliste. Weitere Informationen hierzu können der Website entnommen werden:
www.opk-info.de/fachthemen/psnv.

Stand der Weiterbildung in den OPK-Ländern vorgestellt

Zuletzt wurden von Dr. Andrea Walter die fachpsychotherapeutische Weiterbildung in ihren Grundzügen sowie der aktuelle Stand ihrer Umsetzung präsentiert. Wie schon bei vorherigen Informationsveranstaltungen, gab es hierzu besonders viele Rückfragen. Wir ergänzen unsere Website in den nächsten Wochen, um diese aufzugreifen und detailliert zu beantworten.

Pünktlich nach zwei Stunden waren alle Fragen beantwortet und die Veranstaltung wurde mit ermutigenden Abschlussworten durch den Präsidenten der OPK beendet. Das direkte Feedback der Teilnehmenden zeigte auf, dass der Austausch zwischen der OPK und ihren künftigen Mitgliedern gelungen ist. Die Kammer bucht die Veranstaltung dementsprechend als Erfolg ab und blickt mit Vorfreude auf die kommende Veranstaltung im nächsten Jahr.

Geschäftsstelle

Goyastraße 2d
04105 Leipzig
Tel.: 0341/462432–0
Fax: 0341/462432–19
info@opk-info.de
www.opk-info.de